

Antrag

der Abgeordneten Ingrid Köppe und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vollständige Überprüfung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf mögliche Stasi-Kontakte

Der Bundestag wolle beschließen:

Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages und alle Mitglieder der Bundesregierung sind auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) zu überprüfen.

Bonn, den 7. Mai 1991

Ingrid Köppe
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

Begründung

Die zur Zeit geltende Regelung zur Überprüfung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem ehemaligen MfS/AfNS (Drucksache 11/8386) ist unzureichend. Denn hiernach kann eine Überprüfung erst stattfinden, wenn ein konkreter Verdacht gegen eine/einen Abgeordnete/Abgeordneten bekanntgeworden ist. Zudem muß die/der Abgeordnete ihrer/seiner Überprüfung durch das Präsidium des Deutschen Bundestages zustimmen. So konnten in den letzten Monaten Überprüfungen von Abgeordneten verhindert werden.

Ebensowenig bestehen befriedigende Regelungen für entsprechende Überprüfungen von Mitgliedern der Bundesregierung.

Ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit sollen jedoch nicht erneut in führenden Positionen der Politik arbeiten dürfen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, ob und welche Abgeordneten und Regierungsmitglieder mit dem ehemaligen MfS/AfNS zusammengearbeitet haben.

